

# Antrag Nr. 15-F-33-0067

## CDU und SPD

---

### Betreff:

Schulbaumaßnahmen in Wiesbaden

-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zu TOP I/5 der Sitzung des Ausschusses für Schule & Kultur am 17. September 2015-

### Antragstext:

Seitens des Schuldezernates wurden 14 Projekte der Schulbauliste, für die bisher nur erste Planungen vorgenommen, aber bisher noch keine Ausführungsvorlage beschlossen wurden, in den Pause-Modus gesetzt. Ursache ist, dass die derzeitigen Vorgaben für die Erstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltes keine Finanzierung der 14 Projekte ermöglichen.

Gleichzeitig sind durch die bisherige Finanzierungspraxis der Landeshauptstadt Wiesbaden erhebliche Mittel in konkreten Projekten gebunden. Der hohe Bindungsgrad des vorhanden Budgets für Schulbau, auch wenn die Mittel erst in den Folgejahren tatsächlich abfließen, ließ bisher eine Umverteilung von Mitteln nicht zu, da das Risiko bestand, dass diese Mittel in den Haushalten der Folgejahre nicht wieder eingesetzt werden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- (1) ausgehend von den in der Sitzungsvorlage 15-V-40-0038 dargelegten Finanzierungsbedarfen und Mittelabflüssen ein Modell zu entwickeln, das es ermöglicht, eine höhere Finanzierungssicherheit für Schulbaumaßnahmen zu erreichen, die zur Verfügung stehenden Mittel tatsächlich zeitnah zu verausgaben und über den Zeitraum eines Doppelhaushaltes hinweg, zu einer Finanzierungssicherheit und damit Planungssicherheit zu kommen.
- (2) zu prüfen, welche der Schulbaumaßnahmen, durch die angekündigten Mittel aus dem „Kommunalinvestitionsprogramm“ des Landes Hessen, beschleunigt finanziert werden können.
- (3) zu berichten, wie darüber hinaus Möglichkeiten geschaffen werden können, um weitere, derzeit im sog. „Pausenmodus“ befindliche Schulbaumaßnahmen schneller umsetzen zu können.
- (4) mit der zweijährigen Fortschreibung der Schulbauliste jeweils einen „Geschäftsbericht Schulbau“ vorzulegen, um für weitere Transparenz bei Schulbau- und Instandhaltungsmaßnahmen zu sorgen. Dabei sollen alle Maßnahmen ab einem Volumen von 100.000€ bei den jeweiligen Schulen benannt werden.

Wiesbaden, 17.09.2015